



Querelen als Programm

Die AfD folgt Leuten, die nichts von Redlichkeit halten. **Seiten 2 und 3**

Foto: dpa/Swen Pförtner

Wirksame Untergrenze

Ein Jahr Mindestlohn: Mehr Jobs, mehr Geld, unzufriedene Unternehmer. **Seite 10**

Avner Shalevs Appell

Der Chef von Yad Vashem fordert stetige Aufklärung. **Seite 15**

Foto: dpa/Abir Sultan



Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 29. Januar 2016

71. Jahrgang/Nr. 24

STANDPUNKT

Wahrer als richtig

Velten Schäfer besichtigt die Gerüchteküche der Flüchtlingskrise

Anders als »kalt« kennt »wahr« keine Steigerung: Wahr oder nicht, so sagt es der Duden. Doch tatsächlich trennt Wahrheit nicht »richtig« und »falsch«. Wahrheit macht Sinn und gibt Orientierung. Sie schöpft aus Haltung und will verändern.

Die Geschichte hat das schon oft gesehen. Nicht die »Aufklärung« zündete die Französische Revolution, sondern die »Grande Peur«: Man glaubte, der Adelschicke Diebesgesindel aufs Land. Das war nicht richtig, der Grund war die Krise. Aber es machte sich wahr und es wirkte.

Auch um die Flüchtlinge ist vieles wahrer als richtig. So hat jüngst in Traunstein keine Flüchtlingsgruppe ein Mädchen in einer Unterführung vergewaltigt. Und niemand vertusch das. Es gab in Traunreut, fern jeder Unterführung, in der Silvesternacht einen Übergriff. Der einzelne Täter wird belangt.

Jetzt erlebt auch Berlin seine Welle der Wahrheit. Zu jener 13-Jährigen, die längst Kampagnenstoff ist, hatten womöglich Männer Kontakte, die das Gesetz verbietet. Mit Asyl hat das nichts zu tun. Und nun ist auch kein Flüchtling verstorben, weil er beim Schlangestehen eine Grippe verschleppte. Es kann dort sehr kalt sein und viele husten.

Prüfen statt Glauben wird jetzt empfohlen. Das ist schon richtig, aber nicht menschlich. Das Leben ist ein Haufen einzelner Fälle, und wir sind nur »symbolische Tiere«. Wir brauchen die Wahrheit, um die Welt zu ordnen. Unsere Haltung ist das, worüber wir streiten können und sollten.

UNTEN LINKS

Der Bundespräsident ist mit besonderem Wortgewicht versehen. Das wird ihm bei Amtsantritt verliehen, am Ende muss er es wieder abliefern. Das Wortgewicht ist eine schwere Belastung für Zunge und Gaumen, der Präsident muss überdies lernen, Worte so zu wählen, dass sie keinen Schaden anrichten. Zum Schutz der Bevölkerung ist Schloss Bellevue von Sprachbarrieren umgeben, die voller Einschlagsspuren sind. Wenn ein Präsident nach Feierabend übermütige Sätze formuliert, hört man das Donnerrollen bis hinüber zum Kanzleramt. Präsidenten wissen daher auch bedeutungsvoll zu schweigen oder mit den Augen zu rollen. Manchmal allerdings geht es nicht anders. Manchmal muss es sein. Dann ist das Wort des Präsidenten gefragt. Wie am Donnerstag beim Besuch einer Berliner Polizeieinheit gegen den Terror. Da sagte Joachim Gauck: Er habe den Eindruck gewonnen, dass die Bürger sich nicht sorgen müssten um ihre Sicherheit. Ein wenig rollte er dabei sogar mit den Augen. uka

Hoffen auf Genfer Friedenssignal

Das kriegszerstörte Syrien bedarf dringend einer Verhandlungslösung



Schon wird über den Wiederaufbau in Syrien gesprochen. Zuvor aber braucht es Waffenstillstand.

Foto: Reuters/Abdallah Ismail

Berlin. Hier in einem Haus in Mashhad, wenige Kilometer nordwestlich der syrischen Zwei-Millionen-Stadt Aleppo, haben Bomben eingeschlagen. Die Rebellen, die die Region kontrollieren, beschuldigen die Luftwaffe der syrischen Armee. Das war im September, und auch danach hat es in vielen Orten Syriens Tod und Zerstörung gegeben. Erst am Mittwoch sollen beim Beschuss von Dörfern in der von Milizen des Islamischen Staats beherrschten Provinz Deir Ezzor mindestens 44 Zivilisten getötet worden sein. Diesmal wird Russland verantwortlich gemacht. Selbst wenn die Quellen dieser Schreckensmeldungen keine

zuverlässigen sind, so ist doch unstrittig, dass täglich in Syrien Menschen im nunmehr bald fünf Jahre andauernden Krieg ihr Leben lassen müssen. Höchste Zeit also für einen Waffenstillstand – der erste und vorrangige Zweck der Gespräche zwischen Vertretern der syrischen Regierung und den Abgesandten ihrer Gegner am Freitag in Genf.

Das Treffen ist gewissermaßen eine Kooperation Russlands/USA. Sie haben die Regie, und ohne sie gibt es kein Treffen, das kein Selbstläufer war und noch immer nicht ist. Ständig drohten eingeladene Konfliktparteien mit ihrer Abreise. Das von Saudi-Arabien ge-

sponserte bis gesteuerte Oppositionsbündnis hatte auch am Donnerstagabend noch nicht endgültig zugesagt.

Die syrische Opposition hat ihre Teilnahme an Friedensgesprächen in Genf bis zum Schluss als Druckmittel betrachtet. So forderte ihr sogenanntes Hohes Verhandlungskomitee von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon Zusagen zur Beendigung ausländischer Luftangriffe und der Aufhebung der Belagerungen in Syrien. Ein Sprecher des US-Außenministeriums appellierte an die Opposition, »ohne Vorbedingungen« teilzunehmen und die »historische Chance« in Genf zu nutzen. roe Seite 5

Bei Merkel in der Warteschlange

Die Flüchtlingskrise könnte zu einem Ende der Sparpolitik führen – in Deutschland wie Europa

Die SPD-geführten Länder stehen in der Flüchtlingspolitik eher hinter der Kanzlerin als ihr eigenes Lager. Sie fordern nun aber Milliardeninvestitionen.

Von Velten Schäfer

Wenn Angela Merkel lösen will, was man Flüchtlingskrise nennt, ist sie auf viele angewiesen – und alle haben Forderungen. Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi funkt über die Alpen, dass die »Sparpolitik« in der EU aufgeweicht werden müsse. Nur dann könne sich Italien an der Milliardenzahlung beteiligen, mit denen die EU Fluchtbewegungen über die Türkei drosseln möchte.

Kaum anders die deutschen Länderchefs, mit denen sich die Kanzlerin am Donnerstagabend besprechen wollte. Wenn sie – wie die im Wahlkampf stehende Mainzer Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) – grundsätzlich Unterstützung signalisieren, wol-

len sie Geld. Vor dem Treffen forderte Dreyer ein Investitionsprogramm für Bildung und Arbeit: man brauche das »Signal«, dass »Bund und Länder gemeinsam anpacken und für Sicherheit und Zusammenhalt sorgen«, sagte sie der »Passauer Neuen Presse«. Das würde auch Bedenken der Bürger zerstreuen. Die SPD-Länder wollten die Forderung präzisieren; der Finanzrahmen beträgt etwa fünf Milliarden Euro.

Auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (LINKE) hat die »Erwartung, dass der Satz von Frau Merkel, »Wir schaffen das«, endlich mit einer Finanzausgabe von Herrn Schäuble verbunden wird«, wie er im rbb sagte. Seine Saarbrücker Kollegin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) sprach von einer nationalen Aufgabe.

Andere Landespolitiker wollen zusätzlich politische Zugeständnisse – vor allem die aus Merkels eigenem Lager. So forderte jüngst nicht nur Dreyers Kontrahentin

Julia Klöckner (CDU) weitreichende Änderungen in der Asylpolitik, sondern auch Bayerns Horst Seehofer (CSU).

Als Parteichef nahm dieser schon nachmittags an einem Koalitionsgipfel zur Flüchtlingsfrage teil. Zuvor hatte er, wie schon im Oktober, mit Verfassungsklage gedroht, um seiner Forderung nach einer »Obergrenze« Nachdruck zu verleihen. Nach einer Umfrage des Bayerischen Rundfunks unterstützen 77 Prozent der Bayern diese Position.

Bei dem Treffen von CDU-Chefin Angela Merkel, dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel und Seehofer war es um das sogenannte Asylpaket II gegangen. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl hatte im Vorfeld vor »gravierenden Eingriffen in das Asylrecht« gewarnt. Die geplante Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit dem Status »subsidiären Schutzes« könne eine dreijährige Trennung von Fami-

lien bewirken – auch für Syrer. Es war ein Kompromiss im Gespräch, der Kontingente für den Familiennachzug vorsah. Laut Pro Asyl würde die geplante Wohnsitzauflage »selbst anerkannte Flüchtlinge an einen Wohnort fesseln«. Union und SPD wollten zudem Marokko, Algerien und Tunesien zu »sicheren Herkunftsstaaten« erklären.

Zu Redaktionsschluss waren die Ergebnisse noch unbekannt.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Zum Beginn der Vorwahlen in den USA:

Der Sozialist Bernie Sanders im Porträt
Der Lieblingsgegner der Demokraten heißt Donald Trump

Schweden will 80 000 abschieben

EU plant Rücktransporte aus Griechenland in die Türkei

Stockholm. Schweden plant die Abschiebung von bis zu 80 000 abgelehnten Asylbewerbern. Die Regierung habe Polizei und Einwanderungsbehörde angewiesen, dies umzusetzen, sagte Innenminister Anders Ygeman. Angesichts der hohen Zahl würden Charterflugzeuge angemietet. Vermutlich werde sich dies über Jahre hinziehen. Im vergangenen Jahr hatten 163 000 Zuwanderer in Schweden Asyl beantragt. Von den knapp 60 000 Anträgen, die Behörden 2015 bearbeiteten, wurden 55 Prozent bewilligt.

Derweil bereiten die Niederlande einen europäischen Plan vor, Zuwanderer von den griechischen Inseln direkt mit Fähren in die Türkei zurückzuschicken. Dieses Vorhaben werde in mehreren EU-Staaten ausgearbeitet, darunter Deutschland, sagte der Fraktionschef der regierenden niederländischen Sozialdemokraten, Diederik Samsom. Die Türkei sei bereit, die Menschen wieder aufzunehmen, wenn sich EU-Staaten verpflichten, bis zu 250 000 Zuwanderer pro Jahr zuzulassen. Agenturen/nd Seite 7

Debatte nach erfundenem LAGeSo-Todesfall

Berliner Initiative »Moabit hilft« bedauert Lüge eines Helfers

Berlin. Die Flüchtlingsinitiative »Moabit hilft« hat am Donnerstag nach dem durch einen Helfer erfundenen Flüchtlingstod Fehler eingeräumt. Die Falschmeldung, dass in der Hauptstadt ein syrischer Flüchtling nach tagelangem Warten am Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) auf dem Weg in ein Krankenhaus verstorben sei, hatte sich am Mittwoch wie ein Lauffeuer über die sozialen Netzwerke und Medien verbreitet. Erst am Mittwochabend stand fest, dass es sich um eine frei erfundene Geschichte handelte. Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) bezeichnete die Lüge des Helfers als »eine der miesesten und perfidesten Aktionen«, die er jemals erlebt habe. Der Landesvorsitzende der LINKEN, Klaus Lederer, wies die Vorwürfe zurück: »Was haben Sie dafür getan, dass die Möglichkeit eines solchen Falles ausgeschlossen wird?«, attackierte Lederer den Senator im Abgeordnetenhaus. mkr Seite 11

Bundestag weitet Militäreinsätze aus

Soldaten bleiben bis Anfang nächsten Jahres in Mali und Irak

Berlin. Die Bundeswehr bleibt noch mindestens bis Anfang 2017 im westafrikanischen Mali und verlängert auch ihre Ausbildungsmission für kurdische Kämpfer im Nordirak. Der Bundestag beschloss am Donnerstag in Berlin, beide Mandate zu verlängern und personell aufzustocken. Die deutsche Beteiligung an der UN-Mission Minusma im Norden Malis wird um 500 auf bis zu 650 Soldaten ausgeweitet. Dem Auftrag zufolge sollen die Soldaten die Vereinbarungen zur Waffenruhe zwischen den Konfliktparteien begleiten. In Irak soll die Zahl der Ausbilder für die Peschmerga von 100 auf bis zu 150 erhöht und das Mandat ebenfalls bis Ende Januar 2017 verlängert werden.

Jan van Aken (LINKE) kritisierte, Deutschland unterstütze mit den Kurden in dem komplizierten Konflikt in Nahost ausgerechnet eine der Parteien, die eine Einheit des Irak ablehnten. Waffenlieferungen in die Region, wie sie im Rahmen der Ausbildungsmission schon geschehen waren, seien generell abzulehnen. Agenturen/nd

ISSN 0323-4940

